

Gesund aufwachsen in NRW – Öffentlicher Gesundheitsdienst als Lotse für chancengerechte Prävention und Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche

Drucksache 18/19005 · eingebracht 2026-04-28 – Antragsteller: **CDU** **GRÜNE**

Gesundheit

Prävention

Kinder

Jugend

Chancengerechtigkeit

Kommunen

ZUSAMMENFASSUNG

Der Antrag fordert die strukturelle Verankerung und Vernetzung von Prävention und Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche in Nordrhein-Westfalen, mit besonderem Fokus auf benachteiligte Gruppen und der zentralen Steuerungsrolle des Öffentlichen Gesundheitsdienstes.

KERNFORDERUNGEN

- Stärkung der koordinierenden Rolle des ÖGD
- Niedrigschwellige, lebensweltorientierte Gesundheitskompetenzvermittlung
- Partizipation von Kindern, Jugendlichen und Eltern
- Strategische Verzahnung bestehender Förderprogramme
- Fokus auf gesundheitliche Chancengerechtigkeit

BEWERTUNG

9.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag stärkt systematisch die gesundheitliche Chancengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche – ein Kernanliegen der GWÖ, besonders in den Feldern D1 (Menschenwürde durch Schutz vulnerabler Gruppen), D4 (soziale Gerechtigkeit durch präventive Daseinsvorsorge) und D5 (Transparenz & Mitbestimmung durch Partizipation von Kindern, Eltern und Fachkräften). Er verankert Prävention strukturell im ÖGD, fördert kommunale Koordination und zielt explizit auf benachteiligte Gruppen ab. Die Fokussierung auf Lebenswelten (Kitas, Schulen, Quartiere) entspricht der GWÖ-Logik der lokalen Verankerung und ökologischen Nachhaltigkeit (E3/E4). Kein gravierender Widerspruch zu GWÖ-Werten ist erkennbar.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Klare Fokussierung auf gesundheitliche Chancengerechtigkeit
- Stärkung der kommunalen Steuerungsrolle des ÖGD
- Integration von Partizipation und Qualitätssicherung
- Strategische Verzahnung bestehender Programme

Schwächen

- Keine konkrete Finanzierungszusage
- Keine Verankerung der GWÖ-Matrix als Bewertungsmaßstab
- Unklare Zuständigkeiten bei Querschnittsaufgaben

GWÖ-MATRIX 5x5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	++	•	•	•	•
B · FINANZEN	•	•	•	•	•
C · VERWALTUNG	•	•	++	•	•
D · BÜRGER:INNEN	++	•	•	++	++
E · GESELLSCHAFT & NATUR	•	•	•	•	•

■ ++ stark fördernd
 ■ + fördernd
 ■ ○ neutral
 ■ - widersprechend
 ■ -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D1 Menschenwürde: Schutz vulnerabler Kinder und Jugendlicher Bewertung: +5

Explizite Benennung von Armut, Behinderung, Migration als Risikofaktoren; Fokus auf Kinder mit internationalen Wurzeln und Behinderungen

D4 Soziale öffentliche Leistung: Gesundheitsförderung als Teil der Daseinsvorsorge Bewertung: +5

Verankerung von Prävention als dauerhafte Aufgabe im ÖGD; Nutzung bestehender Strukturen (Startchancenprogramm, GKV-Bündnis) für benachteiligte Zielgruppen

D5 Transparenz & Mitbestimmung: Partizipation von Kindern, Jugendlichen, Eltern Bewertung: +4

Forderung nach Partizipation als Voraussetzung für wirksame Prävention; Verankerung in kommunalen Strategien

A1 Ausgelagerte Betriebe: Kooperation mit Krankenkassen und freien Trägern Bewertung: +4

Strategische Verzahnung von GKV-Bündnis, KGC NRW und kommunalen Akteuren; Förderung von Netzwerken

CDU

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

9/10

Der Antrag entspricht vollständig CDU-Kernpositionen zur Gesundheitsversorgung, Familienförderung und kommunalen Prävention. Er greift explizit das CDU-Wahlprogramm-Thema 'gesunde Lebenswelten' auf, stärkt die wohnortnahe Versorgung (Q4), setzt auf präventive Ansätze wie Childhood-Häuser und Kinderschutzambulanzen (Q2), und verankert die kommunale Ebene als zentralen Akteur – im Einklang mit dem CDU-Grundsatz der Subsidiarität (Q7).

„Wir haben die wohnortnahe Gesundheitsversorgung gesichert.“

CDU NRW Wahlprogramm 2022, S. 5

„Wir haben das Kompetenzzentrum Kinderschutz im Gesundheitswesen als kompetenten Ansprechpartner für medizinisches Fachpersonal geschaffen.“

CDU NRW Wahlprogramm 2022, S. 23

PARTEIPROGRAMM

9/10

Der Antrag spiegelt das christlich-demokratische Menschenbild wider (Würde, Verantwortung, Schutz der Schwächsten) und stärkt den subsidiären Staat – nicht durch Zentralisierung, sondern durch Empowerment der Kommunen und des ÖGD. Er entspricht dem CDU-Grundsatzprogramm zu Gesundheitspolitik (Q6), Familienpolitik (Q8) und regionaler Verantwortung (Q7).

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

10/10

Der Antrag ist eine direkte Umsetzung grüner Kernforderungen: Chancengerechtigkeit als zentrales Ziel (Q11), Prävention als gesellschaftliche Aufgabe (Q14), Partizipation von Kindern und Jugendlichen (Q15), sowie regionale, vernetzte Gesundheitsförderung (Q18). Die Fokussierung auf sozioökonomische Ungleichheit, psychische Gesundheit und digitale Gesundheitskompetenz deckt sich exakt mit dem Wahlprogramm.

„Armut spürbar reduzieren Kein Geld für die Waschmaschinenreparatur, entscheiden müssen, ob man lieber frisches Gemüse kauft oder sich die Busfahrt leistet – all das verursacht Stress und macht krank.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW Wahlprogramm 2022, S. 73

„Die Arbeit der Zukunft passt zur Lebenssituation Beruf und Lebenssituation müssen zusammenpassen.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW Wahlprogramm 2022, S. 79

PARTEIPROGRAMM

10/10

Der Antrag verkörpert die grünen Grundsatzprogramm-Werte 'Gerechtigkeit', 'Demokratie' und 'Ökologie' in ihrer sozial-ökologischen Verknüpfung. Er setzt auf gesundheitsfördernde Lebenswelten (Q16), Kinderrechte und Partizipation (Q17), regionale Kreisläufe (Q18) und gleichwertige Lebensverhältnisse (Q19).

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD

WAHLPROGRAMM

8/10

Der Antrag unterstützt SPD-Kernziele wie Armutsbekämpfung, Chancengleichheit und Stärkung des öffentlichen Dienstes. Er entspricht der SPD-Forderung nach gesundheitlicher Chancengerechtigkeit und der Ausgestaltung von Bildung als Schlüssel für soziale Teilhabe. Allerdings fehlt die explizite Verbindung zur Kindergrundsicherung oder zum Rechtsanspruch auf Ganztagschule.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

8/10

Der Antrag steht im Einklang mit dem Hamburger Programm zu 'sozialer Gerechtigkeit', 'Vorsorgendem Sozialstaat' und 'Nachhaltigkeit'. Er realisiert den Gedanken der 'gerechten Verteilung' durch präventive Strukturpolitik und stärkt die 'Bildung als Schlüssel'.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

WAHLPROGRAMM

6/10

Der Antrag widerspricht nicht direkt FDP-Positionen, aber er betont staatliche Koordination und strukturelle Verankerung – was der FDP-Präferenz für Eigenverantwortung, Markt und Entbürokratisierung entgegensteht. Die FDP fordert Technologieoffenheit und Marktlösungen (z. B. Emissionshandel), nicht primär kommunale Steuerung. Dennoch wird Gesundheitskompetenz als Schlüsselkompetenz anerkannt.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

5/10

Der Antrag steht in Spannung zum FDP-Grundsatzprogramm, das 'individuelle Freiheit' und 'Eigenverantwortung' über staatliche Steuerung stellt. Die FDP würde Prävention eher durch Informationsfreiheit und digitale Selbsthilfe fördern als durch kommunale Lotsenfunktionen.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM

2/10

Der Antrag widerspricht zentralen AfD-Positionen: Er setzt auf Migrationserfahrung ('internationale Wurzeln') als Ressource, nicht als Risiko; fördert interkulturelle Gesundheitskompetenz statt 'deutsche Leitkultur'; und verankert Prävention im öffentlichen Dienst statt in Familie und Verein. Die AfD lehnt 'Gesundheitsideologie' und staatliche Bevormundung ab.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

1/10

Der Antrag widerspricht fundamental dem AfD-Grundsatzprogramm, das 'nationale Souveränität', 'traditionelles Familienbild' und 'Kritik an Gender-Ideologie' betont. Die Fokussierung auf strukturelle Benachteiligung und partizipative Gesundheitsbildung wird als 'linksgüne Ideologie' abgelehnt.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: Die Schulen können dabei regionale Handlungsspielräume nutzen können, z.B. indem eine enge Zusammenarbeit mit kommunalen Bildungs- und Präventionsstrukturen sichergestellt wird.

Die Schulen ****können dabei regionale Handlungsspielräume nutzen, z.B. durch eine verbindliche Kooperation mit kommunalen Bildungs- und Präventionsstrukturen**** – unter Einbeziehung von Eltern, Schüler*innenvertretungen und lokalen Vereinen.

Begründung: Stärkt die GWÖ-Werte Transparenz & Mitbestimmung (D5) und Solidarität (D2) durch klare Verbindlichkeit und breitere Partizipation.

Vorschlag 2 von 3

Original: Partizipation von Kindern, Jugendlichen, Eltern und Fachkräften sowie verbindliche Qualitätsstandards sind Voraussetzung für wirksame und nachhaltige Prävention.

****Partizipation von Kindern, Jugendlichen, Eltern und Fachkräften – insbesondere aus benachteiligten Lebenslagen – sowie verbindliche, gemeinwohlorientierte Qualitätsstandards**** sind Voraussetzung für wirksame und nachhaltige Prävention.

Begründung: Verstärkt den Fokus auf soziale Gerechtigkeit (D4) und Menschenwürde (D1) durch explizite Benennung vulnerabler Gruppen und Verankerung der GWÖ-Matrix als Bewertungsmaßstab.

Vorschlag 3 von 3

Original: Bestehende Förderstrukturen – insbesondere des GKV-Bündnisses für Gesundheit, der Landesrahmenvereinbarung NRW und das Startchancenprogramm – sollen strategisch miteinander verzahnt und konsequent auf benachteiligte Zielgruppen ausgerichtet werden.

Bestehende Förderstrukturen – insbesondere des GKV-Bündnisses für Gesundheit, der Landesrahmenvereinbarung NRW und das Startchancenprogramm – ****sollen bis 2027 mittels einer gemeinsamen GWÖ-basierten Evaluationsmatrix strategisch miteinander verzahnt und konsequent auf benachteiligte Zielgruppen ausgerichtet werden****.

Begründung: Verankert die Gemeinwohl-Ökonomie operational als Steuerungsinstrument (C3) und schafft einen messbaren Rahmen für Chancengerechtigkeit (D4).

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Mehrheit deckt sich mit GWÖ-Empfehlung — Empfohlen: Uneingeschränkt unterstützen; Beschluss: Angenommen.

Angenommen · MMP18-122

Ja: CDU GRÜNE Nein: AfD FDP Enth.: SPD

Original-Antrag

Drucksache 18/19005

Gesund aufwachsen in NRW · Öffentlicher Gesundheitsdienst als Lotse für ·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

28.04.2026

Antrag

der Fraktion der CDU
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gesund aufwachsen in NRW – Öffentlicher Gesundheitsdienst als Lotse für chancen- gerechte Prävention und Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche

I. Ausgangslage

Nordrhein-Westfalen verfügt über eine gut ausgebaute Gesundheitsinfrastruktur. Dennoch bestehen für Kinder und Jugendliche erhebliche Unterschiede in den Chancen auf ein gesundes Aufwachsen. Einkommen, Bildung und Wohnort der Eltern bestimmen maßgeblich, wie gesund Kinder aufwachsen – und stellen damit zentrale Risikofaktoren dar¹. Besonders Kinder, die in Armut aufwachsen, sind überproportional häufig von Adipositas betroffen, verbringen mehr Zeit im Internet, leiden häufiger unter psychischen Erkrankungen und haben eingeschränkte Möglichkeiten der sozialen Teilhabe. Auch die Zahngesundheit ist ein Indikator sozialer Ungleichheit: Kinder aus benachteiligten Familien sind häufiger von Karies betroffen und nutzen Präventionsangebote seltener.

Laut einer Studie der Universität Bielefeld weisen mehr als 50 Prozent der Bevölkerung eine geringe Gesundheitskompetenz auf, bei niedrigem Bildungs- oder Einkommensniveau liegt der Anteil sogar bei 70 Prozent. Dabei entscheidet Gesundheitskompetenz wesentlich darüber, ob Menschen Vorsorgeangebote wahrnehmen, gesundheitsförderliche Entscheidungen treffen und ihr Leben aktiv gestalten können². Gleichzeitig zeigen Studien: Wer in einem sozioökonomisch benachteiligten Stadtteil lebt, hat eine geringere Lebenserwartung – beeinflusst durch Arbeits-, Wohn- und Umweltbedingungen, Zukunftssorgen, chronischen Stress und einen weniger gesunden Lebensstil³.

Gesundheitskompetenz und Prävention müssen daher als zentrale Public Health-Aufgaben verstanden und ausgebaut werden. Besonderer Fokus gilt Kindern und Jugendlichen aus sozioökonomisch benachteiligten Familien, mit internationalen Wurzeln oder mit Behinderungen.

¹ Loss, J., Hölling, H., Lemcke, J. (2025): Neue Herausforderungen und Handlungsfelder der Kinder- und Jugendgesundheit. In: Public Health, 33(2), S. 90–92.

² Schaeffer, D., Griese, L., Singh, H., Ewers, M., Hurrelmann, K. (2025): Gesundheitskompetenz in Zeiten gesellschaftlicher Unsicherheiten – Ergebnisse des HLS-GER 3. Universität Bielefeld & Charité Universitätsmedizin Berlin.

³ Hoebel, J., Michalski, N., Baumert, J., Nowossadeck, E., Tetzlaff, F. (2025): Die Lebenserwartungslücke: Sozioökonomische Unterschiede in der Lebenserwartung zwischen Deutschlands Regionen. Journal of Health Monitoring, 10(1)

Der 2025 veröffentlichte Public Health Index zeigt: In der Stärkung der Gesundheitskompetenz liegt erhebliches Potenzial, um die Menschen in Nordrhein-Westfalen in einem gesunden Lebensstil zu unterstützen und damit gleichzeitig Druck aus dem Gesundheits- und Sozialsystem zu nehmen.⁴

Die Kommune ist als Lebens- und Planungsraum prädestiniert, um Strategien zur Gesundheitsförderung zu entwickeln und umzusetzen. Sie vereint wichtige Lebensbereiche von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien: Kitas, Schulen, Quartiere und Vereine.

Als steuernder und koordinierender Akteur vor Ort kommt dabei insbesondere dem Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) bzw. den kommunalen Gesundheitsämtern eine zentrale Rolle zu. Kommunale Gesundheitsämter können in Kooperation mit anderen Schlüsselakteuren vor Ort wie Ärztinnen und Ärzten oder Krankenkassen gesundheitsförderliche Rahmenbedingungen schaffen – oder haben diese bereits geschaffen.

In NRW besteht bereits ein breites Spektrum an erfolgreichen Präventionsprogrammen und eine starke rechtliche und strukturelle Grundlage zur Prävention und Gesundheitsförderung: Das Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst Nordrhein-Westfalen weist den Kommunen die Koordination von Prävention und Gesundheitsförderung zu, das Sozialgesetzbuch V verpflichtet die Krankenkassen im Rahmen des GKV-Bündnisses für Gesundheit zur Förderung gesundheitsbezogener Maßnahmen und die Landesrahmenvereinbarung Nordrhein-Westfalen schafft den verbindlichen Rahmen für die Koordination.

Das bestehende Förderprogramm⁵ der gesetzlichen Krankenkassen und Krankenkassenverbände für Kommunen umfasst zwei Förderstränge:

1. „Kommunaler Strukturaufbau“: Förderung des Auf- und Ausbaus gesundheitsförderlicher Strukturen, z. B. durch kommunale Strategien, die Vernetzung relevanter Akteure und niedrigschwellige Angebote.
2. „Zielgruppenspezifische Interventionen“: Förderung konkreter Maßnahmen für vulnerable Zielgruppen – vorausgesetzt, es bestehen bereits tragfähige Strukturen vor Ort.

Interessierte Kommunen werden durch die Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit (KGC NRW) und das GKV-Bündnis für Gesundheit in Nordrhein-Westfalen fachlich und finanziell unterstützt sowie begleitet.

Erfolgreiche Landespräventionsprogramme wie „Gesunde Kita NRW – Pluspunkt Ernährung“, „Bildung und Gesundheit NRW“, „KIPS Prävention NRW“, „Kinderstark“ sowie „Sucht hat immer eine Geschichte“ laufen bereits. Das Land Nordrhein-Westfalen fördert zudem in Kooperation mit der EU ein Schulprogramm für Obst, Gemüse und Milchprodukte, welches durch pädagogische Begleitmaßnahmen einen Beitrag zur Ernährungsbildung in Kitas und Schulen leisten kann. Zudem besteht mit der Vernetzungsstelle Kita- und Schulverpflegung der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen ein Beratungsangebot, das vor Ort zu relevanten Aspekten der Gemeinschaftsverpflegung informiert.

Das Startchancenprogramm als gemeinsame Initiative von Bund und Ländern bietet die Möglichkeit, Gesundheitsförderung ergänzend und freiwillig in den Alltag von über 900 Schulen mit besonderen Herausforderungen zu integrieren. Durch die gezielte Nutzung dieser Mittel kann das Programm künftig einen zentralen Beitrag zur Stärkung von Gesundheitskompetenz leisten, d.h. Wissen über einen gesunden Lebensstil, insbesondere über gesunde Ernährung,

⁴ AOK (2025): Public Health Index. <https://www.aok.de/pp/public-health/index/#c62876>

⁵ https://www.lzg.nrw.de/ges_foerd/kgc/foerderung/antragstellung_n_betr/index.html

Bewegungsförderung, mentale Gesundheit, Suchtprävention und digitale Gesundheitskompetenz lebensnah vermitteln.

Qualitätsgesicherte Programme der Gesundheitsförderung und Prävention der Gesetzlichen Krankenkassen sollen teilnehmenden Schulen niedrigschwellig verfügbar gemacht werden. Die Schulen können dabei regionale Handlungsspielräume nutzen können, z.B. indem eine enge Zusammenarbeit mit kommunalen Bildungs- und Präventionsstrukturen sichergestellt wird. Ein besonderes Augenmerk soll darauf gerichtet werden, zusätzliche Belastungen für Lehrkräfte zu vermeiden. Die Umsetzung soll – soweit möglich - durch den Öffentlichen Gesundheitsdienst unterstützt werden.

Das Ziel ist, vorhandene Strukturen und Programme der Gesundheitsförderung und Prävention für Kinder und Jugendliche in Nordrhein-Westfalen zu bündeln, diese strategisch zu verzahnen und konsequent auf gesundheitliche Chancengerechtigkeit auszurichten.

Klar ist: Prävention darf nicht auf einzelne Projekte oder befristete Programme beschränkt bleiben. Sie muss strukturell verankert und als zentrale Aufgabe dauerhaft etabliert werden.

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- Gesundheitsförderung im Kindes- und Jugendalter wirkt besonders nachhaltig.
- Niedrigschwelliger Zugang zu gesundheitlicher Bildung ist eine zentrale Voraussetzung für gesundheitliche Chancengerechtigkeit.
- Gesundheitskompetenz ist eine Schlüsselkompetenz und muss früh und alltagsnah vermittelt werden – analog und digital.
- Kitas, Schulen und Quartiere sind Schlüsselorte, um Gesundheitsförderung niedrigschwellig, lebensweltorientiert und wirksam zu verankern.
- Partizipation von Kindern, Jugendlichen, Eltern und Fachkräften sowie verbindliche Qualitätsstandards sind Voraussetzung für wirksame und nachhaltige Prävention.
- Kommunale Präventionsstrukturen sind entscheidend, um Bedarfe vor Ort zu erkennen, Lebenswelten einzubeziehen und zielgruppengerechte Maßnahmen umzusetzen. Gesundheitsämter übernehmen eine wichtige Steuerungsfunktion.
- Bestehende Förderstrukturen – insbesondere des GKV-Bündnisses für Gesundheit, der Landesrahmenvereinbarung NRW und das Startchancenprogramm – sollen strategisch miteinander verzahnt und konsequent auf benachteiligte Zielgruppen ausgerichtet werden.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung, aus vorhandenen Mitteln:

- bestehende Präventions- und Gesundheitsförderungsprogramme über das Landesamt für Gesundheit und Arbeitsschutz bekannter zu machen und die kommunalen Gesundheitsämter zu beraten, diese Programme zu nutzen und mit kommunalen Strategien zu verknüpfen.
- dass im Rahmen des Startchancenprogramms die etablierten und bewährten Angebote des GKV-Bündnisses zur Förderung von Gesundheitskompetenz freiwillig eingebunden werden können.

- die Verankerung von Prävention und Gesundheitsförderung insbesondere für Kinder und Jugendliche in den kommunalen Strukturen zu unterstützen, insbesondere sollen die koordinierende Rolle des Öffentlichen Gesundheitsdienstes für Beratung, Bedarfsanalysen, Maßnahmenplanung, Auf- und Ausbau von Präventionsnetzwerken, Qualitätssicherung, Wissenstransfer, sowie die Themen Prävention und Gesundheitsförderung als weitere Schwerpunktarbeitsbereiche berücksichtigt werden.

Thorsten Schick
Matthias Kerkhoff
Bianca Winkelmann
Marco Schmitz

und Fraktion

Wibke Brems
Mehrdad Mostofizadeh
Jule Wenzel
Gönül Eçlence
Meral Thoms

und Fraktion